

BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

WERNER FAYMANN
BUNDESKANZLER

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0076-I/4/2011

Wien, am 16. Mai 2011

XXIV. GP.-NR
7860 /AB
16. Mai 2011
zu 7942 /J

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. März 2011 unter der Nr. 7942/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Überwachungskameras auf Autobahnen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 21:

- Inwiefern unterscheiden sich die in diesem Artikel erwähnten Kamerassen von den herkömmlichen Verkehrsüberwachungskameras?
- Wo sollen die Daten dieser Kamerassen gespeichert werden?
- Wie lange werden diese Daten gespeichert?
- Auf welche Daten bekommt man hier Zugriff?
- Wer hat Zugriff auf die Daten dieser Kamerassen?
- Wer soll diese Daten löschen?
- Wer kontrolliert die Löschung dieser Dateien?
- Wurden die Ergebnisse des Probetriebs dieser Kamerassen schon ausgewertet?
- Wie sehen diese Ergebnisse aus?
- Ist die Anschaffung und Aufstellung weiterer Kamerassen gedacht?
- Könnten diese Kamerassen auch flächendeckend über ganz Österreich eingesetzt werden?
- Wird diese Art von Kameraüberwachung ihres Wissens nach auch in anderen EU-Staaten eingesetzt?
- Wird diese Art von Kameraüberwachung ihres Wissens nach auch in anderen Nicht-EU-Staaten eingesetzt?
- Ist geplant, diese Daten mit den Daten anderer Nicht-EU-Staaten zu vergleichen oder auszutauschen?
- Wenn nein, warum nicht?

- Ist geplant, diese Daten mit den Daten anderer EU-Staaten zu vergleichen oder auszutauschen?
- Wenn nein, warum nicht?
- Könnte, rein technisch, eine gemeinsame Datenbank mit anderen EU-Staaten, die diese Daten enthält, in der EU angelegt werden?
- Wenn ja, könnte das für Sie in Frage kommen?
- Könnten diese Daten in weiterer Folge auch für das EU-Forschungsprojekt "Indect" verwendet werden?
- Wenn ja, könnte das für Sie in Frage kommen?

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7941/J durch die Frau Bundesministerin für Inneres.

Mit freundlichen Grüßen

